Aktenzeichen: XX

Beweisantrag

### Zu beweisende Tatsache

Zum Beweis, dass die Wahl des Aktionsorts einen Bezug zum Anliegen des Protestes hat und dass dieses Anliegen auch die Autofahrenden betrifft.

### Beweismittel

Die Inaugenscheinnahme und Verlesung der Ziele der Gruppierung Letzte Generation, beschrieben in der Pressemitteilung der Letzten Generation vom 24.01.2022 (abrufbar unter folgendem Link: <https://letztegeneration.de/presse/pressemitteilungen2/>). Die Pressemitteilung ist außerdem ausformuliert diesem Beweisantrag hinzugefügt.

### Begründung

Die angestrebten Ziele der Gruppierung Letzte Generation sind folgende:

“Sie fordern von der Bundesregierung ein Essen-Retten-Gesetz gegen Lebensmittelverschwendung im Nahrungsmittelsektor sowie die Umsetzung von Maßnahmen für eine zukunftstaugliche Agrarwende bis 2030 [...]. Das Essen-Retten-Gesetz soll große Supermärkte verpflichten, noch genießbares Essen zur Verfügung zu stellen und somit gegen Lebensmittelverschwendung vorzugehen [...]. Die Aktion “Essen Retten – Leben Retten” fordert die Bundesregierung dazu auf, den beiden Forderungen nach einem sofortigen Essen-Retten-Gesetz und einer Agrarwende bis 2030 nachzukommen. Diese sind effektive und gesellschaftlich mehrheitlich akzeptierte Schritte zur Nahrungsmittelsicherung und zur effektiven Reduktion der Treibhausgasemissionen Deutschlands im Zuge des Kampfs gegen die globale Erwärmung.”

Dass das von den Demonstranten angesprochene Thema der Klimakatastrophe und der ökologisch notwendigen Wende im politischen Handeln – denn die Initiative hat die Fortdauer ihrer Demonstrationen bis zu einer Wende des politischen Handelns der Regierung angekündigt – ein dringendes globales Thema ist, ist wissenschaftlich nicht zu bestreiten und wird regelmäßig in entsprechenden internationalen Klimakonferenzen betont und mit an Deutlichkeit kaum zu übertreffenden Worten von UN-Generalsekretär bestätigt. Dabei ist im Rahmen der hier gebotenen Güterabwägung nicht von Belang, inwieweit auch das Amtsgericht die Ziele oder das Vorgehen der Demonstranten, namentlich der Angeschuldigten für nützlich oder wertvoll erachtet, um aber das Gewicht aller demonstrationsspezifischen Umstände mit Blick auf das kommunikative Anliegen der Versammlung zu bestimmen, ist auf die objektiv (nicht nur subjektiv aus Sicht der Angeschuldigten und der weiteren Demonstrationsteilnehmer\*innen) dringliche Lage bei gleichzeitig nur mäßigem politischem Fortschreiten unter Berücksichtigung namentlich der kommenden Generationen, wie dies auch durch das Bundesverfassungsgericht erst kürzlich angemahnt werden musste (vgl. BverfG, Beschl.v. 24.3.2021,), hinsichtlich des Demonstrationsanliegens das Augenmerk zu legen.

Ein unmittelbarer Zusammenhang mit dem Versammlungsort sowie den Betroffenen der Demonstration mit dem Ziel der Demonstration besteht im Falle dieser Protestaktion. Ziel der Demonstration war es, die Aufmerksamkeit auf das dringliche Handeln im Rahmen des Klimawandels zu richten und dahingehend konkret dahin, dass jede Form verschwenderischen Umgangs mit Ressourcen zu verringern sei, anstatt weiterhin verschwenderisch mit Lebensmitteln umzugehen. Diese Thematik betrifft alle Menschen, da es um das Weltklima geht, also auch die durch die Blockade betroffenen Fahrzeugführer, für welche – so gesehen – die Demonstranten mit demonstrieren. Sie betrifft indes gerade auch die durch die Blockade betroffenen Fahrzeugführer insoweit, als diese als Nutzer von PKW maßgeblich an dem Verbrauch von Öl beteiligt und damit Teil der Klimaproblematik sind und nicht – wie von den Demonstranten gefordert – zur Beschleunigung des Erreichens der Klimaziele auf öffentliche Verkehrsmittel zurückgreifen. Ein konkreter Zusammenhang der Demonstration mit den von der Demonstration Betroffenen liegt mithin positiv wie negativ vor.

### Relevanz

Dies ist von Relevanz für das Verfahren, denn stehen die äußere Gestaltung der Aktion und die durch sie ausgelösten Behinderungen in einem Zusammenhang mit dem Versammlungsthema oder betrifft das Anliegen auch die von der Demonstration nachteilig Betroffenen, kann die Beeinträchtigung ihrer Freiheitsrechte unter Berücksichtigung der jeweiligen Umstände möglicherweise eher sozial erträglich und dann in größerem Maße hinzunehmen sein, als wenn dies nicht der Fall ist. Demgemäß ist im Rahmen einer gebotenen Abwägung zu berücksichtigen, ob und wie weit die Wahl des Versammlungsortes und die konkrete Ausgestaltung der Versammlung sowie die von ihr betroffenen Personen einen auf die Feststellung der Verwerflichkeit einwirkenden Bezug zum Versammlungsthema haben (vgl. BVerfGE 104, 92, 112).

Die Beweismittel sind geeignet, um die zu beweisende Tatsache zu bestätigen.

Ich beantrage hierzu einen schriftlich verlesenen Gerichtsbeschluss.

Berlin, der 08.11.2022 \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

###

### Anlage

*Pressemitteilung der Letzten Generation vom 24. Januar 2022 8:30 Uhr:*

**BREAKING: BÜRGER:INNEN BESETZEN AUTOBAHNEN UND FORDERN ESSEN-RETTEN-GESETZ**

Berlin, 24.01.2022 – Dutzende Bürgerinnen und Bürger blockieren seit heute Morgen mit Sitzblockaden in Berlin die Auffahrten der Autobahn A103 bei Rathaus Steglitz und in Pankow die A114. Sie fordern von der Bundesregierung ein Essen-Retten-Gesetz gegen Lebensmittelverschwendung im Nahrungsmittelsektor sowie die Umsetzung von Maßnahmen für eine zukunftstaugliche Agrarwende bis 2030.

Carla Hinrichs, Pressesprecherin von “Essen Retten – Leben Retten” sagt dazu: “In Deutschland sind 1,6 Millionen Menschen auf die Tafeln angewiesen für ihre Lebensmittel. Und gleichzeitig werden 30% aller Lebensmittel hierzulande weggeworfen. Das ist kompletter Irrsinn! Und mit dem Klimawandel werden Lebensmittel die nächsten Jahre noch knapper werden. Wir sehen uns deswegen gezwungen, die Bundesregierung an ihre Verantwortung zu erinnern.”

Das Essen-Retten-Gesetz soll große Supermärkte verpflichten, noch genießbares Essen zur Verfügung zu stellen und somit gegen Lebensmittelverschwendung vorzugehen.

“Wir werden solange hier sitzen, bis die Regierung ihre Pflicht erfüllt und mit dem Essen-Retten-Gesetz unser Leben schützt”, bringt es Sonja Manderbach, eine der Teilnehmenden an der Blockade, auf den Punkt.

Den Aktionen vorausgegangen war der “Hungerstreik der letzten Generation” im Sommer 2021 im Regierungsviertel in Berlin. Hierbei erwirkten Henning Jeschke und Lea Bonasera mit einem Hungerstreik ein Gespräch mit Kanzler Olaf Scholz, das im Dezember 2021 stattfand und in dem sie ihre Forderung eines Essen-Retten-Gesetzes als Teil einer Antwort auf die Klimakrise erstmals vortrugen.

“Seit unser Forderungen Anfang Dezember ist nichts passiert. Bisher hören wir immer nur, dass es ein wichtiges Thema sei – aber wir brauchen das Essen-Retten-Gesetz JETZT. Wann beginnt die Regierung, ihren Job zu machen?

Wann behandelt sie den Klima-Notfall als Notfall? Wann rettet sie unser Essen? Unsere Zukunft?” so Lea Bonasera.

“Seither hat uns viel Zuspruch erreicht, auch aus der Regierung – beispielsweise von Ernährungsminister Cem Özdemir[1] oder auch von der Parteispitze der Grünen[2]. Aber schöne Worte reichen nicht – jetzt braucht es Handlungen!” fährt sie fort.

Die letzten Monate fanden in dem Zusammenhang deutschlandweit immer wieder Aktionen statt, in denen Bürger:innen öffentlich – und rechtswidrig – bei Supermärkten “containerten” und die geretteten Lebensmittel verschenkten; so unter anderem Jesuitenpater Jörg Alt im Dezember in Nürnberg[3]. Zahlreiche Politiker:innen solidarisierten sich bereits mit den Aktionen.[4]

Die Aktion “Essen Retten – Leben Retten” fordert die Bundesregierung dazu auf, den beiden Forderungen nach einem sofortigen Essen-Retten-Gesetz und einer Agrarwende bis 2030 nachzukommen. Diese sind effektive und gesellschaftlich mehrheitlich akzeptierte Schritte zur Nahrungsmittelsicherung und zur effektiven Reduktion der Treibhausgasemissionen Deutschlands im Zuge des Kampfs gegen die globale Erwärmung.[5]

Sprecher:innen von Essen Retten – Leben Retten kündigten an, man werde die Aktionen so lange fortführen, bis von der Bundesregierung das Essen-Retten-Gesetz angegangen werde.

**Quellen**

[1] Hier ein Artikel des Tagesspiegels darüber: [www.tagesspiegel.de/politik/kritik-an-strafbarkeit-des-containerns-oezdemir-will-lebensmittel-spenden-vereinfachen/27937728.html](https://linksystem.letztegeneration.de/c/1/4908003/0/0/0/324409/29cfdf78be.html)

[2] Hier das Antwortschreiben von Annalena Baerbock und Robert Habeck: [letztegeneration.de/wp-content/uploads/2021/12/Antwortschreiben\_Forderungen\_Aufstand-der-letzten-Generation.pdf](https://linksystem.letztegeneration.de/c/1/4908003/0/0/0/324411/d35bbdeec9.html)

[3] Beispiel-Artikel der BILD: [www.bild.de/regional/nuernberg/nuernberg-news/nach-anzeige-jesuitenpater-joerg-alt-aus-nuernberg-schreibt-kanzler-78676178.bild.html](https://linksystem.letztegeneration.de/c/1/4908003/0/0/0/324413/899c1f7ef1.html). Für weitere Artikel, siehe Website der Letzten Generation: [letztegeneration.de/presse/Berichterstattung](https://linksystem.letztegeneration.de/c/1/4908003/0/0/0/324415/170b8ab281.html)

[4] U.a. die Co-Vorsitzende der Bayerischen Grünen Eva Lettenbauer: [twitter.com/EvaLettenbauer/status/1478663238237704193](https://linksystem.letztegeneration.de/c/1/4908003/0/0/0/324417/7cb90f4e62.html); die ÖDP [www.oedp.de/aktuelles/pressemitteilungen/newsdetails/news/essen-retten-aus-containern-oedp-unterstuetzt-appe](https://linksystem.letztegeneration.de/c/1/4908003/0/0/0/324419/d552ff9d64.html); sowie die Bayerischen Landtagsabgeordneten der Freien Wähler Florian Streibl und Hans Friedl

[fw-landtag.de/aktuelles/presse/pressemitteilungen-details/kampf-gegen-lebensmittelverschwendung-streibl-und-friedl-solidarisieren-sich-mit-nuernberger-jesuitenpater-joerg-alt](https://linksystem.letztegeneration.de/c/1/4908003/0/0/0/324421/6f9534c3de.html);

[5] Die Forderungen sind Teil des erarbeiteten Maßnahmenkatalog im Bereich Ernährung des Bürgerrats Klima 2021. Dieser wurde durch 160 geloste Bürger:innen gebildet, die die Bevölkerung demographisch repräsentierten: [buergerrat-klima.de/](https://linksystem.letztegeneration.de/c/1/4908003/0/0/0/324423/22af3701aa.html). Etwa 80% der Bevölkerung stehen hinter dem Maßnahmenkatalog des Bürger:innenrats (laut Forsa-Umfrage): [buergerrat-klima.de/content/pdfs/Ergebnisbericht\_B%C3%BCrgerrat%20Klima.pdf](https://linksystem.letztegeneration.de/c/1/4908003/0/0/0/324425/676c67badf.html) Das Essen-Retten-Gesetz wurde von German Zero beschlussfertig ausgearbeitet und befindet sich hier: [letztegeneration.de/wp-content/uploads/2021/12/211208\_Vorabauszug-Lebensmittelverschwendung1.pdf](https://linksystem.letztegeneration.de/c/1/4908003/0/0/0/324427/f03c2ecbea.html)